

PRESSEMITTEILUNG 03/2012

Stromversorgung kann nur gemeinsam gesichert werden

Braunkohle wehrt sich gegen Ausgrenzung / Klimaschutz ist europäisch geregelt

Köln (09.03.2012) – Die Entscheidung, die Nutzung der Kernenergie bis zum Jahr 2022 zu beenden, hat weitreichende Auswirkungen auf die Struktur der Stromerzeugung und absorbiert den Ausbau der erneuerbaren Energien. Im Jahr 2011 hatte die Kernenergie noch einen Anteil an der Stromerzeugung von rund 18 %. Der Anteil der erneuerbaren Energien betrug insgesamt rund 20 %, davon entfielen auf die Hoffnungsträger Windkraft 7,6 % sowie auf die Photovoltaik 3 % (Bild). Das energiepolitische Ziel, den Anteil der erneuerbaren Energien im Bereich Strom auf bis zu 40 % im Jahr 2020 zu erhöhen, bedeutet stromwirtschaftlich, dass lediglich der bisher von der Kernenergie geleistete Beitrag ersetzt wird, darauf verweist der Deutsche Braunkohlen-Industrie-Verein (DEBRIV). Die in Deutschland verfügbaren Stromerzeugungskapazitäten im Bereich Braunkohle, Steinkohle sowie Gas werden weiterhin nicht nur gebraucht, weil ihre Kapazität jederzeit voll abrufbar ist, sondern insbesondere auch, weil die Erzeugung in diesen Anlagen quantitativ zur Bedarfsdeckung unbedingt benötigt werden.

Im Hinblick auf die aktuelle Berichterstattung über die Rolle der Braunkohle und die stromwirtschaftliche Entwicklung in 2011 verweist DEBRIV auf folgende Zusammenhänge.

Infolge der Stilllegung von rund 8.000 MW Kernenergieleistung verminderte sich die Produktion von Atomstrom in Deutschland im vergangenen Jahr um 32,5 Milliarden Kilowattstunden (Mrd. kWh). Bei nahezu konstantem Stromverbrauch steigerten die erneuerbaren Energien ihren Beitrag um rund 19 Mrd. kWh und übernahmen damit einen erheblichen Teil der ausstiegsbedingten Erzeugungslücke. Die Braunkohlenkraftwerke erhöhten ihre Stromerzeugung um 7,1 Mrd. kWh und leisteten ebenfalls einen Beitrag zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit. Allerdings ist die Bilanzierung der Strommengen nur ein Aspekt; für die Versorgungssicherheit entscheidend ist die Verfügbarkeit der vorhandenen Stromerzeugungsanlagen. Nach Abschaltung der Kernkraftwerke obliegt diese Aufgabe in besonderem Maße den verlässlichen Braunkohlenkraftwerken.

Braunkohle Informationen

Postfach 40 02 52
50832 Köln
Telefon 0 22 34/18 64-0
Fax 0 22 34/18 64 18
<http://www.braunkohle.de>

Versuche, die ökonomischen Vorteile des heimischen Energieträgers Braunkohle klimapolitisch aufzurechnen, laufen ins Leere. Alle Braunkohlenkraftwerke unterliegen dem europäischen CO₂-Handelssystem und benötigen für ihren Betrieb kostenpflichtige Emissionszertifikate. Die Obergrenze der CO₂-Emissionen wird im europäischen System des Emissionshandels durch das gemeinschaftliche Cap abschließend festgelegt. Damit wird die CO₂-Menge definiert, die für alle dem System unterworfenen Anlagen verfügbar ist. Das Cap ist einerseits das klimapolitische Ziel, andererseits ist es eine ordnungspolitische Vorgabe, die in jedem Fall erreicht wird, unabhängig davon, wo die CO₂-Emissionen erfolgen und wie hoch der CO₂-Preis ist.

Die Braunkohlenindustrie bewegt sich in diesem europäischen System und es ist damit klimapolitisch irrelevant, ob in Deutschland einige Millionen Tonnen Braunkohle mehr oder weniger verstromt werden. Die Gesamtmenge der CO₂-Emissionen im Emissionshandelssektor bleibt unverändert, lediglich der Ort der Emissionen ist unbestimmt. Die zur Verfügung stehende Menge an CO₂ bestimmt den CO₂-Preis, der seinerseits eine Lenkungswirkung entfaltet, indem das CO₂ über den Handel dorthin gelenkt oder von demjenigen „genutzt“ wird, der bereit oder in der Lage ist, das CO₂ zu bezahlen.

Da durch den Emissionshandel ein Preis für den Ausstoß von Kohlendioxid zu zahlen ist, besteht ein Anreiz, die Verstromung von Braunkohle effizienter zu machen. Neue Braunkohlenkraftwerke sparen gegenüber Altanlagen bis zu einem Drittel an CO₂ ein. Da bei Inbetriebnahme neuer Anlagen in der Regel Altanlagen vom Netz genommen werden, kommt es zu realen CO₂-Einsparungen durch den Kraftwerksneubau.

Bedeutung und Beitrag der Braunkohle lassen sich auch nicht durch den Subventionsvorwurf schmälern. Produktion und Nutzung von Braunkohle erfolgen in Deutschland vollkommen subventionsfrei, wie die Bundesregierung immer wieder in Antworten auf parlamentarische Anfragen betont.

Hinweis für die Redaktionen:

Eine Übersicht zur Entwicklung der Stromerzeugung nach Energieträgern seit 1990 erhalten Sie auf der Seite der AG Energiebilanzen

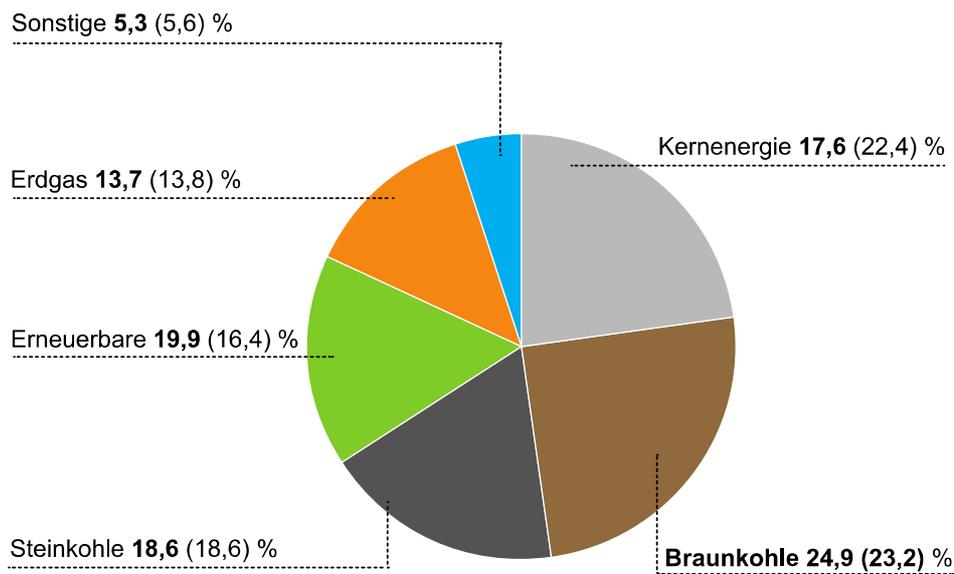
<http://www.ag-energiebilanzen.de/?Stromerzeugung19902011>

Braunkohle Informationen

Postfach 40 02 52
50832 Köln
Telefon 0 22 34/18 64-0
Fax 0 22 34/18 64 18
<http://www.braunkohle.de>

Jede vierte Kilowattstunde Strom stammt aus Braunkohle

Anteile der Energieträger an der deutschen Stromerzeugung 2011
gesamt 614,5 Mrd. kWh



Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen